

PricewaterhouseCoopers

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PWC) mit Sitz in Frankfurt /Main ist eines der führenden deutschen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen. Die deutsche PWC ist Mitglied der PWC International Limited, einem weltweit tätigen Verbund von Prüfungs- und Beratungsgesellschaften.

PricewaterhouseCoopers

Branche	Wirtschaftsprüfung /Unternehmensberatung
Hauptsitz	Frankfurt am Main
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.pwc.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Unternehmensleitung, Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz	1
3 Brisante Geschäfte vor und in der Krise	2
3.1 Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PWC unter Ex-Minister Tiefensee	2
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	2
5 Fallbeispiele und Kritik	2
6 Weiterführende Informationen	2
7 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Die 1905 gegründete Treuhandvereinigung und die 1922 gegründete Treuarbeit traten seit 1995 unter dem Namen C & L Deutsche Revision gemeinsam am Markt auf.^[1] 1998 legten C & L Deutsche Revision und Price Waterhouse Deutschland ihr Geschäft in der PWC Deutsche Revision zusammen. 2005 wurde der Name in PricewaterhouseCoopers AG WPG geändert.

Unternehmensleitung, Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz

Sprecher des aus 10 Mitgliedern bestehenden Vorstands ist Prof. Dr. Norbert Winkeljohann.^[2]

Die PWC ist in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Personalberatung und sonstige Beratung (Fusionen, Sanierungen, Restrukturierungen) tätig. Zu ihren Kunden gehören auch Ministerien und Kommunen. Nach eigenen Angaben beschäftigte PWC 2010 in Deutschland rd. 9.000 Mitarbeiter und erzielte einen Umsatz von ca. 1,3 Mrd. Euro; weltweit lag die Mitarbeiterzahl bei ca. 162.000, der entsprechende Umsatz betrug ca. 26,6 Mrd. US-Dollar.^[3]

Brisante Geschäfte vor und in der Krise

Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PWC unter Ex-Minister Tiefensee

Der ehemalige Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hatte den bereits bestehenden Vertrag des Ministeriums mit PWC zur Begutachtung von Förderprogrammen für Deutsche Reedereien im Oktober 2008 ohne vorherige Ausschreibung verlängert. Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes wurde damit in mehrerer Hinsicht gegen das Vergabegesetz verstoßen.^[4] Das Ministerium hat den Auftrag nicht öffentlich ausgeschrieben, neben der Bewertung von Programmen arbeitete PWC im Rahmen anderer Aufträge auch an den Programminhalten mit, PWC hat durch andere Aufträge einen Wissensvorsprung gegenüber möglichen Konkurrenten gehabt, das Ministerium hat die Entscheidungsbefugnis über die Auftragsvergabe dem eigentlich zuständigen Bundesamt für Seeschifffahrt entzogen und das Ministerium hat nicht sichergestellt, dass die Einbindung von Dritten in Förderprogramme wirtschaftlich ist.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Der Sprecher des Vorstands, Prof. Dr. Winkeljohann, ist Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU (Bundesfachausschuss Steuern, Haushalt und Finanzen) und Mitglied der Kommission "Steuergesetzbuch" des neoliberalen Netzwerkes *Stiftung Marktwirtschaft*.^[5]

Nach Recherchen der Journalisten Adamek und Otto sind Mitarbeiter von PWC im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung präsent (Stand: 2010).^[6]

Fallbeispiele und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Geschichte der PWC](#), Website der PWC, abgerufen am 14.5.2011
2. ↑ [Mitglieder des Vorstands](#), Website PWC, abgerufen am 16.5.2011
3. ↑ [Unternehmensinformationen](#), Website von PWC, abgerufen am 13.5.2011
4. ↑ [Fehlende Ausschreibung Bundesrechnungshof prangert Auftragsvergabe unter Ex-Minister Tiefensee an, Spiegel vom 7. Januar 2010](#), Website Spiegel, abgerufen am 9.5.2011
5. ↑ [Kommission Steuergesetzbuch Mitglieder](#), Website der Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 16.5.2011
6. ↑ Sascha Adamek/Kim Otto: Der gekaufte Staat Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, 2. Aufl., Köln 2010, S. 228